

Baden-Württemberg 2020

Zur aktuellen demografischen Entwicklung im Land

Carmina Brenner

Eine Aussage darüber, wie viele Menschen künftig in Baden-Württemberg leben werden, ist sehr schwierig, weil das Wanderungsgeschehen enormen Schwankungen unterliegt. So lag der jährliche Wanderungsgewinn in den Jahren 2008 und 2009 bei nur rund 4 000 Personen. Im Jahr 2013 sind dagegen etwa 70 000 Menschen mehr ins Land gekommen als fortgezogen sind.

Schon seit der Gründung Baden-Württembergs liegt der Hauptantrieb für das Bevölkerungswachstum bei den Wanderungen. Etwa zwei Drittel des Zuwachses entfielen auf Wanderungsgewinne. Nur ein Drittel darauf, dass mehr Kinder geboren wurden als Menschen starben. Bis zum Jahr 2020 rechnen wir mit unserer neuen Bevölkerungsprognose mit 2,7 % mehr Menschen im Land. Das wäre ein Plus von rund 280 000 auf dann rund 10,85 Mill. Menschen. Danach wird die Bevölkerung aus heutiger Sicht moderat zurückgehen, bis zum Jahr 2030 um etwa 0,5 % (*Tabelle und Schaubild*). Langfristig ist ein spürbarer Bevölkerungsrückgang zu erwarten, im Wesentlichen aber erst nach 2030. Aber das Ziel von Bevölkerungsvorausrechnungen ist auch, den Alterungsprozess darzustellen. Dieser ist unabhängig von der künftigen Zuwanderung und wird aufgrund der bestehenden Altersstruktur vorhersehbar ablaufen.

Stabile Bevölkerungsentwicklung

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung lebt im Ländlichen Raum. Fast zwei Drittel der Bevölkerung wohnen aber in den verdichteten Gebieten des Landes. Über lange Zeit wuchs die Bevölkerung außerhalb der Verdichtungsräume stärker als innerhalb. In den 1990er-Jahren holten die Ländlichen Räume stark auf. In jüngerer Vergangenheit kam es zu einem erneuten Trendwechsel. Im Zeitfenster von 2005 bis 2010 verlor der Ländliche Raum i.e.S. 1,2 % seiner Bevölkerung und hatte damit den stärksten Bevölkerungsrückgang unter den Raumkategorien.¹ Nur der Verdichtungsraum gewann in dieser Zeit Bevölkerung hinzu (+ 1,3 %), vor allem wegen der Zuzüge in die großen Zentren.

Bis 2020 können die Verdichtungsräume aus heutiger Sicht mit einem Wachstum von 4,1 % rechnen und der Ländliche Raum insgesamt mit 0,9 %. Nach 2020 wäre mit Bevölkerungsrückgängen im Ländlichen Raum von gut 1 % bis zum Jahr 2030 zu rechnen.

Mehr Sterbefälle als Geburten

Im anhaltend niedrigen Geburtenniveau liegt eine Hauptursache des demografischen Wandels. Frauen haben heute nicht nur weniger Kinder – im Durchschnitt 1,4 Kinder je Frau – sie bleiben auch häufiger kinderlos. Derzeit ist etwa jede vierte Frau kinderlos, nur knapp 15 % haben drei und mehr Kinder. Anfang der 1970er-Jahre war nur knapp jede fünfte Frau kinderlos und rund 31 % – also doppelt so viele wie heute – hatten drei oder mehr Kinder.

Trotz des geringen Geburtenniveaus lag die Zahl der Geburten in Baden-Württemberg bis 2005 über den Sterbefällen. Seit 2006 gibt es aber mehr Sterbefälle als Geburten im Land, also ein Geburtendefizit. Dieses lag im Jahr 2012 bei gut 11 000 und 2013 bei 10 400. Bis 2030 dürfte dieses Geburtendefizit auf etwa 30 000 ansteigen. In ländlichen Kreisen bekommen Frauen auch heute noch mehr Kinder als in den Stadtkreisen. Aber die Geburtenraten der Räume haben sich mit der Zeit angeglichen. So liegt zum Beispiel die durchschnittliche Kinderzahl je Frau im Landkreis Tuttlingen bei rund 1,6 und im Stadtkreis Heidelberg bei



Dr. Carmina Brenner ist Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.



Wichtige Links für Gemeinden unter www.statistik-bw.de

- Demografie-Spiegel
- Regionaldaten
- Familienfreundliche Kommune
- Kompetenzzentrum Beruf & Familie
- Statistikportal

¹ Räumliche Gliederung laut Landesentwicklungsplan 2002 (LEP 2002). Der Ländliche Raum im engeren Sinn (i.e.S.) und die Verdichtungsgebiete im ländlichen Raum werden zum Ländlichen Raum insgesamt zusammengefasst.

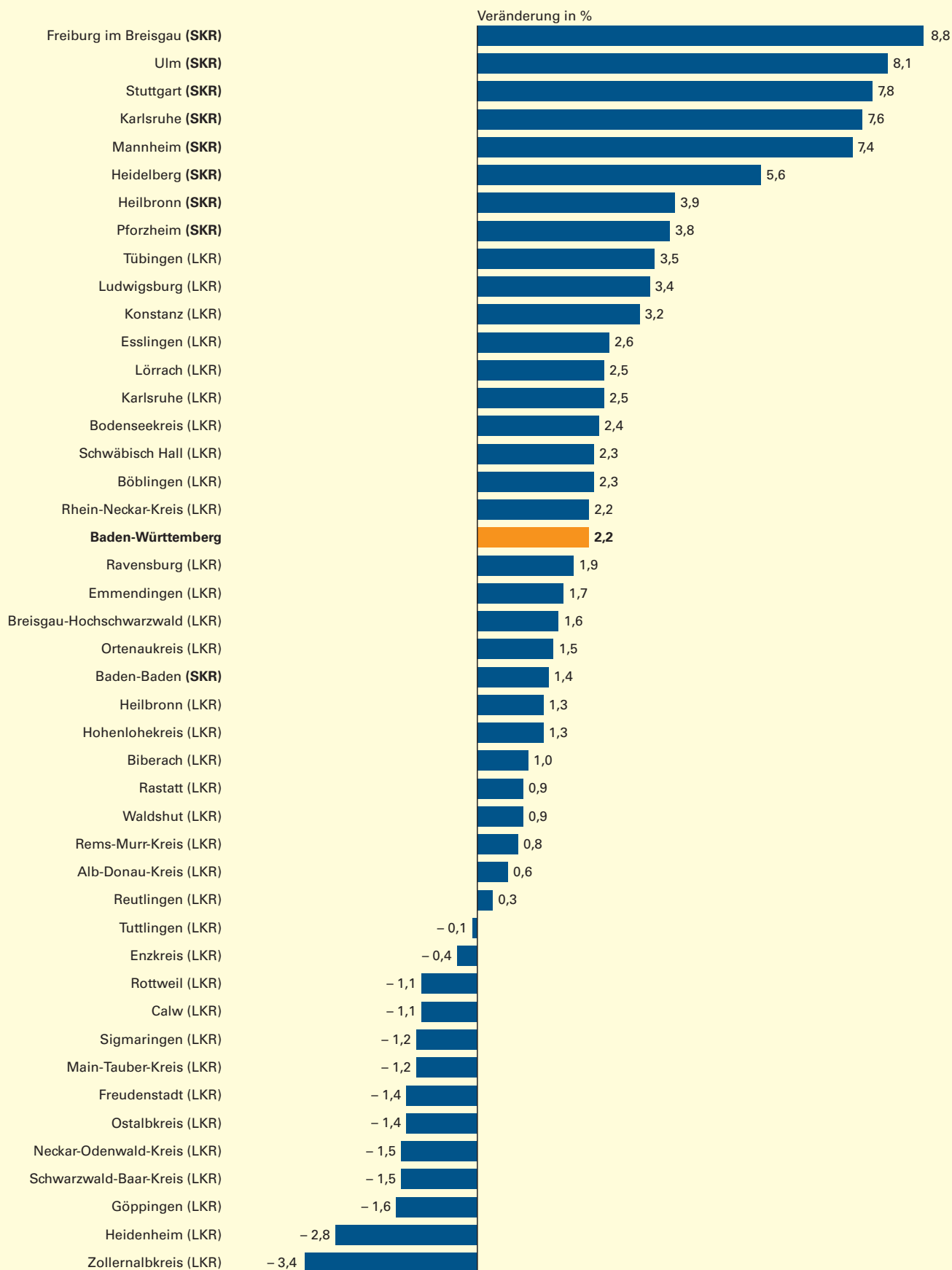
T

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg 2012 bis 2020 und 2030 nach regionaler Gliederung

Stadtkreis (SKR) Landkreis (LKR) Region Regierungsbezirk Land	Bevölkerung im Dezember...			Veränderung der Bevölkerungszahl ²⁾	
	2012	2020 ¹⁾	2030 ¹⁾	2012 – 2020	2020 – 2030
	Anzahl			%	
Stuttgart (SKR)	597 939	637 700	644 800	+ 6,6	+ 1,1
Böblingen (LKR)	367 208	376 600	375 500	+ 2,6	- 0,3
Esslingen (LKR)	508 577	522 800	521 700	+ 2,8	- 0,2
Göppingen (LKR)	247 835	248 200	244 000	+ 0,1	- 1,7
Ludwigsburg (LKR)	516 748	534 500	534 400	+ 3,4	- 0,0
Rems-Murr-Kreis (LKR)	408 827	415 600	412 000	+ 1,7	- 0,9
Region Stuttgart	2 647 134	2 735 400	2 732 400	+ 3,3	- 0,1
Heilbronn (SKR)	117 531	121 800	122 100	+ 3,7	+ 0,2
Heilbronn (LKR)	324 543	331 300	328 800	+ 2,1	- 0,8
Hohenlohekreis (LKR)	107 498	109 300	108 900	+ 1,7	- 0,4
Schwäbisch Hall (LKR)	186 928	191 300	191 200	+ 2,4	- 0,1
Main-Tauber-Kreis (LKR)	129 842	129 700	128 200	- 0,1	- 1,1
Region Heilbronn-Franken	866 342	883 500	879 300	+ 2,0	- 0,5
Heidenheim (LKR)	127 608	126 700	124 000	- 0,7	- 2,1
Ostalbkreis (LKR)	306 484	307 100	302 200	+ 0,2	- 1,6
Region Ostwürttemberg	434 092	433 800	426 200	- 0,1	- 1,7
Regierungsbezirk Stuttgart	3 947 568	4 052 700	4 037 900	+ 2,7	- 0,4
Baden-Baden (SKR)	52 585	53 800	53 300	+ 2,2	- 0,8
Karlsruhe (SKR)	296 033	315 900	318 600	+ 6,7	+ 0,8
Karlsruhe (LKR)	427 106	439 400	437 600	+ 2,9	- 0,4
Rastatt (LKR)	222 472	226 200	224 600	+ 1,7	- 0,7
Region Mittlerer Oberrhein	998 196	1 035 400	1 034 000	+ 3,7	- 0,1
Heidelberg (SKR)	150 335	158 600	158 700	+ 5,5	+ 0,0
Mannheim (SKR)	294 627	315 000	316 500	+ 6,9	+ 0,5
Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)	141 847	141 600	139 700	- 0,1	- 1,4
Rhein-Neckar-Kreis (LKR)	527 287	542 100	539 000	+ 2,8	- 0,6
Region Rhein-Neckar¹⁾	1 114 096	1 157 400	1 153 900	+ 3,9	- 0,3
Pforzheim (SKR)	116 425	120 600	120 800	+ 3,6	+ 0,2
Calw (LKR)	150 709	150 700	149 000	- 0,0	- 1,1
Enzkreis (LKR)	192 092	193 700	191 300	+ 0,8	- 1,3
Freudenstadt (LKR)	115 055	114 800	113 500	- 0,2	- 1,2
Region Nordschwarzwald	574 281	579 800	574 500	+ 1,0	- 0,9
Regierungsbezirk Karlsruhe	2 686 573	2 772 500	2 762 500	+ 3,2	- 0,4
Freiburg im Breisgau (SKR)	218 043	233 700	237 200	+ 7,2	+ 1,5
Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)	247 711	253 400	251 600	+ 2,3	- 0,7
Emmendingen (LKR)	157 399	161 400	160 100	+ 2,5	- 0,8
Ortenaukreis (LKR)	411 700	420 300	418 000	+ 2,1	- 0,5
Region Südlicher Oberrhein	1 034 853	1 068 800	1 066 900	+ 3,3	- 0,2
Rottweil (LKR)	135 553	135 500	134 000	- 0,0	- 1,1
Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)	204 585	204 900	201 500	+ 0,2	- 1,7
Tuttlingen (LKR)	132 476	133 700	132 300	+ 0,9	- 1,0
Region Schwarzwald-Baar-Heuberg	472 614	474 100	467 800	+ 0,3	- 1,3
Konstanz (LKR)	270 568	280 300	279 100	+ 3,6	- 0,4
Lörrach (LKR)	220 606	226 700	226 200	+ 2,8	- 0,2
Waldshut (LKR)	163 699	166 400	165 100	+ 1,7	- 0,8
Region Hochrhein-Bodensee	654 873	673 400	670 400	+ 2,8	- 0,4
Regierungsbezirk Freiburg	2 162 340	2 216 300	2 205 100	+ 2,5	- 0,5
Reutlingen (LKR)	274 691	278 300	275 600	+ 1,3	- 1,0
Tübingen (LKR)	214 894	222 600	222 400	+ 3,6	- 0,1
Zollernalbkreis (LKR)	184 658	182 900	178 300	- 1,0	- 2,5
Region Neckar-Alb	674 243	683 800	676 300	+ 1,4	- 1,1
Ulm (SKR)	117 977	126 100	127 600	+ 6,9	+ 1,1
Alb-Donau-Kreis (LKR)	187 123	189 900	188 200	+ 1,5	- 0,9
Biberach (LKR)	187 747	190 900	189 500	+ 1,7	- 0,7
Region Donau-Iller³⁾	492 847	506 900	505 300	+ 2,9	- 0,3
Bodenseekreis (LKR)	205 843	211 900	210 700	+ 3,0	- 0,6
Ravensburg (LKR)	272 425	279 100	277 600	+ 2,4	- 0,5
Sigmaringen (LKR)	127 272	127 200	125 800	- 0,0	- 1,1
Region Bodensee-Oberschwaben	605 540	618 200	614 100	+ 2,1	- 0,7
Regierungsbezirk Tübingen	1 772 630	1 808 900	1 795 700	+ 2,0	- 0,7
Baden-Württemberg	10 569 111	10 850 400	10 801 200	+ 2,7	- 0,5

1) Auf 100 gerundete Werte. – 2) Berechnet mit nicht gerundeten Werten. – 3) Soweit Land Baden-Württemberg.

S Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2012 bis 2030



1,1 Kindern. Für die Entwicklung der Geburtenzahlen ist aber auch die Zahl der potenziellen Eltern entscheidend. Und die nimmt kontinuierlich ab. Zwischen 1990 und 2012 betrug der Rückgang der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter, das sind die Frauen ab 15 bis unter 45 Jahre, fast 20 %.

Bei weiter sinkenden Geburtenzahlen und gleichzeitig steigenden Sterbefällen ist aber die Bevölkerungsentwicklung mehr denn je abhängig von der Zuwanderung. 2012 lag der Bevölkerungszuwachs bei 0,5 % wegen der vergleichsweise hohen Nettozuwanderung von fast 66 000 Personen. Im Jahr 2013 lag der Wanderungsgewinn noch einmal darüber, nämlich bei gut 70 000 Personen.

Steigende Differenz in den Wanderungssalden der Räume

Die großen Städte ziehen hauptsächlich die Zuwanderer an. Die hohen Wanderungsgewinne gleichen zurzeit die Geburtendefizite noch aus. Langfristig ist damit jedoch nicht zu rechnen, denn es ist aus heutiger Sicht unwahrscheinlich, dass sich die Zuwanderung dauerhaft auf so hohem Niveau hält. In Ver-

bindung mit dem steigenden Geburtendefizit käme es dann zum Kippen der Entwicklung und zu dem aus heutiger Perspektive wahrscheinlichen Bevölkerungsrückgang etwa ab dem Jahr 2020. Aber die Zuwanderung gleicht nur das Geburtendefizit aus, der demografische Wandel findet dennoch statt. Auf die Alterung der Gesellschaft hat die Höhe der Zuwanderung nur geringen Einfluss.

Das Durchschnittsalter steigt

Heute liegt das Durchschnittsalter der baden-württembergischen Bevölkerung bei 43 Jahren. 1970 waren es erst 35 Jahre. Im Jahr 2030 wird der durchschnittliche Baden-Württemberger voraussichtlich 45,7 Jahre alt sein. Der demografische Wandel vollzieht sich durch die Veränderung der Altersstruktur. Es sind die geburtenstarken Jahrgänge rund um die 1960er-Jahre, die nun sukzessive in die höheren Altersgruppen vorrücken. Die Älteren werden einen größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, während der Anteil der Jüngeren weiter zurückgeht. Ein zweiter wichtiger Grund für die Alterung der Gesellschaft ist, dass durch die ständig gestiegene Lebenserwartung immer mehr Menschen ein hohes Alter erreichen.

Die Bevölkerungsentwicklung hat weitreichende Folgen für die Infrastrukturplanung. Dies sei kurz am Beispiel der bis zum Schuljahr 2020/21 reichenden Schülervorausrechnung erläutert. An den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen werden im Schuljahr 2013/14 insgesamt gut 1,14 Mill. Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Die Modellrechnung ergibt bis zum Schuljahr 2015/16 einen Rückgang der Schülerzahl um 2,7 % und bis 2020/21 um 5,3 %. Die Zahl der Schüler läge dann bei 1,08 Mill. Der Schülerrückgang betrifft voraussichtlich alle Schularten, die Gemeinschaftsschule als neue Schulform ausgenommen.

Mehr Haushalte und kleinere Haushalte

Derzeit gibt es gut 5 Mill. Haushalte im Land. Die Größe der privaten Haushalte und deren Anzahl hängt eng mit der Bevölkerungsstruktur, der Zuwanderung und den sich ändernden Lebensformen zusammen. Derzeit ist der Trend zu kleineren Haushalten noch ungebrochen. So leben Ältere eher in Single- und Zweipersonenhaushalten. Schon die Zunahme der älteren Menschen führt voraussichtlich zu einem weiteren Anstieg dieser Haushaltstypen. Dagegen wird die Zahl der größeren Haushalte voraussichtlich weiter zurückgehen.



Zuletzt erschienene CD-ROMs zur Demografie aus der Reihe „Statistische Daten“

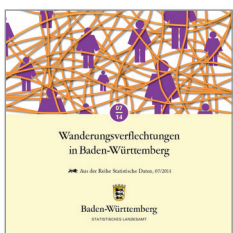
- **Wanderungsverflechtungen in Baden-Württemberg**
- **Regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung in Baden-Württemberg**

Die Veröffentlichungen können zum Preis von je 27,00 Euro (zuzüglich Versandkosten) bestellt werden beim

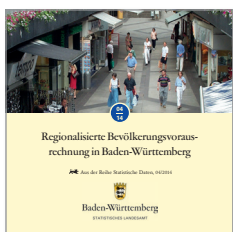
Statistischen Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Str. 68
70199 Stuttgart

Telefon: 0711/641-28 66
Fax: 0711/641-13 40 62

E-Mail: vertrieb@stala.bwl.de
Internet: www.statistik-bw.de



Artikel-Nr. D 2118 14001



Artikel-Nr. 2117 14001

Was können Gemeinden für ihre Zukunft tun?

Das wichtigste Kriterium vor allem für jüngere Menschen ist ein ortsnahes Angebot an zukunftssicheren modernen Arbeitsplätzen. Dann folgt die allgemeine Infrastruktur: eine leistungsfähige Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, gute Ausstattung mit Waren und Diensten, zeit- und kostengünstige Mobilität, ein differenziertes Schulsystem, verlässliche Betreuung von Kindern und Hochbegabten und vielfältige Freizeitangebote.

- **Kleinere Haushalte:** Sie prägen mit im Schnitt älteren Bewohnern in Zukunft die Entwicklung. In stärker alternden Gebieten werden mehr altersgerechte Wohnungen gebraucht. Zum einen sollte ein Weg gefunden werden, dass nicht nur im öffentlichen Bereich, sondern auch im privaten barrierefrei neu gebaut und saniert wird. Damit können betagte Menschen länger zu Hause bleiben, wobei Barrierefreiheit auch Eltern mit Kleinkindern in vielfältiger Weise zugutekommt. Eventuell ist an eine entsprechende Formulierung in den Bauleitplanungen zu denken.
- **Generation Ü 70:** Die Vielfalt des senioren-gerechten Wohnens ist in den Ballungsräumen mit unterschiedlichen Konzepten schon weiter vorangeschritten als im Ländlichen Raum. Nicht nur die Angebote an betreutem Wohnen, sondern auch die denkbaren Zwischenformen sind zum Teil noch zu wenig vorhanden. Dies wäre eine Koordinierungsaufgabe für die Kreistage.
- **Umnutzung:** Es ist mehr flexible Infrastruktur erforderlich, wie die zurückgehenden Schülerzahlen zeigen. Statt Neubau und Zubau von Raum konzentriert sich die Aufgabe auf Sanierung und flexible Umnutzung. Demgegenüber stehen ein höherer Bedarf an altersbezogenen Einrichtungen und Dienstleistungen sowie Anforderungen an die Gewährleistung von Mobilität. Zu denken ist an Fahrbereitschaften, Begleitung bei verschiedenen Erledigungen, Hilfe bei Behördenangelegenheiten. Neben der Organisation von Ehrenamt zeigt auch in Pilotgemeinden der Einsatz von „Gemeindehelferinnen“ gute Akzeptanz.
- **Ehrenamt koordinieren:** Da der demografische Wandel seine Wirkung entfaltet und sich stetig weiter fortsetzen wird, zeigt jede Reaktion darauf Erfolge. Nicht mehr günstiges Bauland allein zieht junge Familien an und bewegt sie zum Bleiben, sondern die

oben unter „Umnutzung“ beschriebenen Faktoren. Diese müssen – soweit sie vor allem kommunalpolitisch beeinflussbar sind – weiter entwickelt werden. Nicht alles wird durch Verwaltung und Gemeinderat angepasst werden können. Wichtig sind die Motivation und die zielgerichtete Mithilfe durch ehrenamtliche Aktivitäten. Hier hat die Kommune mit ihren Gremien eine bedeutsame Koordinierungsfunktion.

- **Beratung aus einer Hand:** Wichtig scheint vor allem im Ländlichen Raum das Management von Leerständen in Innerortslage zu sein, da das Wohnen im Ortskern wieder an Attraktivität gewinnt. In absehbarer Zukunft kommen Immobilien in Baugebieten der 1970er-Jahre an den Markt, die für die älteren Besitzer dann zu groß sind. Diese zu vermarkten – eventuell an junge Familien – wird eine Aufgabe sein. Eine kompetente Beratung aus einer Hand (Stadtverwaltung, Architekt, Hausbank) könnte Möglichkeiten aufzeigen. Eine Leerstands Börse – die auch privat organisiert sein kann – könnte Objekte darstellen. In Einzelfällen sollte die Kommune zugunsten eines vielversprechenden Quartiers zum Beispiel für barrierefreies Mehrgenerationen-Wohnen auch in Vorleistung gehen, etwa bei Flächenübernahme oder Baureifmachung. Auch ein Abbruchkostenzuschuss bzw. subventionierte Entsorgungskosten für Abbruchmaterial können in Einzelfällen helfen. Eine objektive Beratung über erzielbare Preise von Einzelobjekten zum Beispiel gegenüber Erbgemeinschaften wäre ebenfalls sinnvoll.
- **Schnelles Internet:** Dies gehört heute nicht nur zur modernen Wohnqualität, sondern sichert auch Gewerbestandorte und ist Voraussetzung für die Ansiedlung von Gewerbe und Dienstleistung. Eine gute Breitbandversorgung ist nötig, um die Attraktivität des Ländlichen Raums für Wohnen und Arbeiten zu erhalten. Während in den Ballungszentren dieses Angebot marktwirtschaftlich geregelt wird und keiner Förderung bedarf, muss in den Ländlichen Räumen im Rahmen der Daseinsfürsorge nach Möglichkeiten gesucht werden, wie bei Sanierungen der Versorgungsnetze die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden können. ■

Weitere Auskünfte erteilt
 Dr. Carmina Brenner
carmina.brenner@stala.bwl.de
 Vorzimmer, Telefon 0711/641-25 00